



Newsletter

Christian Piwarz

II/2013

Das Jahrhunderthochwasser - elf Jahre nach dem Jahrhunderthochwasser

Wie lang ist eigentlich ein Jahrhundert? Bislang feststehende Antworten kommen angesichts dessen, was Dresden und Sachsen Anfang Juni traf, ins Wanken. Erneut sorgten starke und langanhaltende Regenfälle für bedrohlich steigende Pegel der Elbe und ihrer Zuflüsse im Stadtgebiet. Am Montag (03. Juni) sagten erste Prognosen einen Pegelhöchststand von 8,50 m bis 9,40 m vorher – das hieß Katastrophenalarm für die Stadt und für meine Dresdner Landtagskollegen und mich, dass an einen regulären Parlamentsbetrieb die nächsten Tage nicht zu denken ist. Bereits am Mittag informierten wir uns bei Innenminister Markus Ulbig und Oberbürgermeisterin Helma Orosz, wie die Lage eingeschätzt wird, was Dresden erwartet und was zu tun ist. Dann haben wir selber unser Möglichstes an Hilfe, Unterstützung und Mitarbeit unternommen.



Ich durfte in den ersten Tagen der Hochwasserabwehr ein beeindruckendes Engagement erleben. Vom Hochwasser Betroffene, Dresdner oder extra Angereiste standen Seite an Seite mit Soldaten, Feuerwehrleuten und dem THW. Darunter habe ich viele CDU- und JU-Mitglieder getroffen, die ganz selbstverständlich geholfen haben. Das ist gelebte Solidarität!

Herzlichen Dank!

Zum Beispiel an die Stadt Plauen für 8.000 leere Sandsäcke, die dort nicht mehr aber in Laubegast dringend benötigt wurden.

den. Ein Anruf meines CDU-Landtagskollegen Frank Heidan und kurzerhand mit dem Auto ins Vogtland um die Säcke abzuholen. Dank beispielsweise an Ralf Kühn, der extra einen Tag Urlaub genommen hat, einen Transporter von seiner Firma in Lauchhammer gestellt bekam und damit Sandsäcke verteilt hat, unter anderem an Bewohner in der Winzerstraße in Loschwitz. Oder exemplarisch an die vielen Helfer in der Sandsackkette an der Viterra Siedlung in Laubegast. Vor dem alten Elbarm konnten wir die Siedlung schützen, vor dem Grundwasser und der Kanalisation leider nicht.

Überall wo Maßnahmen zum Flutschutz umgesetzt wurden, haben diese auch gewirkt. Die Weißeritz blieb in ihrem Flussbett und die Innenstadt war geschützt. Allerdings bekamen alle Beteiligten sehr deutlich demonstriert, was insbesondere im Dresdner Osten noch alles an Flutschutz notwendig ist. Natürlich waren diesmal die Vorwarnzeiten größer und die Anwohner wussten bei bestimmten Pegelständen, was auf sie zukam, gleichwohl sind die Schäden enorm. Für Laubegast, Zschieren und Zschachwitz gibt es Hochwasserkonzepte. Teilweise müssen sie umgesetzt werden, teilweise werden wir nach dem erneuten Hochwasser binnen kurzer Zeit eine Neubewertung der angestrebten Schutzziele vornehmen müssen.



Dies gilt für mich insbesondere für den alten Elbarm. So muss überlegt werden, wie zukünftig verhindert werden kann, dass

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 • 01259 Dresden

Telefon: 0351 - 32 31 666 • Telefax: 0351 - 451 031 55 20

www.christian-piwarz.de • christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

Laubegast zu einer Insel wird. Zschachwitz drohte Gleiches, wenn nicht der mit vielen freiwilligen Helfern errichtete und gehaltene Sandsackdamm an der Berthold-Haupt-Straße gewesen wäre. Es steht zu befürchten, dass solche Großwetterlagen wohl häufiger eintreten werden, als es den Berechnungen der Wirtschaftlichkeitsprüfungen der Schutzmaßnahmen bisher zugrunde liegt. Eine Neubewertung ist daher dringend geboten. Beim Flutschutz muss die Maxime lauten: Das Interesse Einzelner darf nicht dem Gemeinwohl entgegenstehen. Ich bin froh, dass Oberbürgermeisterin Helma Orosz dies deutlich gemacht hat. Einen hundertprozentigen Schutz wird es nicht geben können, aber die Bürger haben Anspruch auf dem Schadenspotenzial angemessene Maßnahmen.

Eine erste Flut-Bilanz fällt durchaus positiv aus. Natürlich können einzelne Punkte kritisiert werden, beispielsweise die nur unzureichende Versorgung mit Sandsackfüllstationen auf der linkselbigen Seite oder die Schwierigkeit bei der Verteilung von hauptamtlichen und freiwilligen Helfern. Das Hochwasser 2013 hat die Möglichkeiten der Mobilisierung und Koordinierung der Freiwilligen via Internet und sozialen Netzwerken deutlich gemacht. Dies muss zukünftig besser in die Arbeit der Krisenstäbe integriert werden.



Insgesamt ist die Flut aber vergleichsweise gut bewältigt worden. Das fängt bei der guten Abstimmung mit Tschechien an. Aber auch vor Ort haben die Krisenstäbe gute Arbeit geleistet. Besonderer Dank und besondere Anerkennung gelten der vor Ort tätigen Verwaltung. Beispielhaft sei hier Ortsamtsleiter

Jörg Lämmerhirt genannt, der mit großer Ruhe, aber ebenso großer Entschiedenheit die Rettungs- und Hilfsmaßnahmen in seinem Gebiet koordiniert hat.



Nicht nur während der Flut, auch bei der Beseitigung der Schäden ist weniger Bürokratie und Formalismus wünschenswert. So mussten beispielsweise die Mitarbeiter des Freibades Wostra Helfer aufgrund unklarer Versicherungsfragen wieder weg-schicken. Gemeinsam mit der JU Dresden haben wir über den Sportstätten- und Bäderbetrieb an zwei Tagen Unrat aus Zäunen und dem Gelände entfernt und erste Reinigungsarbeiten erledigen können, damit das Bad möglichst bald wieder geöffnet werden kann.

Anfassen und Helfen war auch in der Laubegaster Kita „Spielkiste“ auf der Donathstraße notwendig. Eltern nahmen es nicht hin, drei Monate auf die Wiedereröffnung zu warten und organisierten die Hilfe selbst. Eltern und Firmen kamen zu Hilfe und am Sonnabend (15. Juni) packte die JU auch mit an – und zwar JU’ler aus Dresden, Leipzig und NRW. Gemeinsam haben wir es geschafft, dass am Nachmittag sämtlicher kontaminierter Sand, Kies und Rindenmulch in die Container geschafft war. Wo die Stadt drei Monate Schließzeit kalkuliert hatte, war binnen weniger Tage alles erledigt und die Kita ist mittlerweile wieder für die Kinder geöffnet. Toll, wenn das mit komplett freiwilliger Hilfe möglich ist.

Das Hochwasser 2013 hat deutlich gemacht, wo wir in Dresden Arbeit und Nachholbedarf haben, insbesondere beim Flutschutz. Es hat aber auch gezeigt, wie solidarisch eine Gemeinschaft eine solche Katastrophe durchstehen kann. Das sollte auch Hoffnung für das weitere Miteinander in unserer Stadt geben.

Wenn der Osten ganz westlich wird - CDU-Fraktionsreise nach Tallinn

Einmal in der Legislatur geht die CDU-Landtagsfraktion gemeinsam auf Reisen. Wandte man sich in den vorherigen Wahlperioden meist Richtung Westeuropa, so war in diesem Jahr mit Estland erstmals eine Region des ehemaligen Ostblocks Ziel der Reise. Genauer gesagt Tallinn, das frühere Reval, die Hauptstadt Estlands.

Das Ziel war – neben der Schönheit von Stadt und Land – auch politisch nicht ohne Grund gewählt. Estland hat seit der wiedererlangten Unabhängigkeit 1991 eine ganz bemerkenswerte Entwicklung genommen. Schon früh orientierte sich das kleine, aber sehr stolze Land gen Westen und erneuerte seine traditionellen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen dahin, insbesondere in den skandinavischen Raum. Ein beispielloses

Wirtschaftswachstum war die Folge. Dazu beigetragen haben auch gut ausgebildete und motivierte Menschen, die mit Estnisch, Russisch und Englisch meist gleich drei Sprachen sprechen.

Estland hat in seinen Boom-Jahren viel Wert auf eine dienstleistungsnahe Wirtschaft gelegt. Hinzu kommt die konsequente Hinwendung zum Internet und den neuen Medien. Das „papierlose Kabinett“ ist schon seit vielen Jahren Realität und wird durch eine weitgehend „papierlose Verwaltung“, die sehr transparent für die Bürger arbeitet, ergänzt. Zu Estland gehört, neben einer 99%-igen Abdeckung mit freiem WLAN, beispielsweise auch die Möglichkeit, sein Parkticket nicht mehr umständlich am Automaten zu ziehen, sondern es bequem per Smartphone zu lösen. Eine benutzerorientierte Anwendung von Internet und neuen Medien steht im Vordergrund – vielfach beispielhaft für Deutschland und Westeuropa insgesamt. Und so wundert es auch nicht, dass Tallinn zwar die Herkunft als osteuropäische Metropole nicht leugnet, aber sehr konsequent westliche Elemente im Stadtbild verankert. Estland war auch durch die Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen, schwerer als so manches Land Westeuropas. Die Esten sahen sich mit der Situation konfrontiert, dass sie auf den Niedergang des BIP um 16 Prozent binnen eines Jahres reagieren mussten. So manch anderes Land Europas wäre an dieser Aufgabe zerbrochen oder zumindest in tiefe innenpolitische Krisen gestürzt worden. Die Esten machen kein Hehl daraus, dass auch für sie die Zeit hart war, aber sie sind stolz darauf, dass sie diese Herausforderung gemeistert haben. Die Maßnahmen waren drastisch: Erhebliche Ausgabenkürzungen des Staates wurden durchgesetzt. Allein die Bediensteten im öffentlichen Dienst mussten Einkommenseinbußen von bis zu 20 Prozent hinnehmen.

Estland ist mit diesen Maßnahmen gut durch die Krise gekommen. Das Wirtschaftswachstum beträgt wieder stabil mehr als 3 Prozent jährlich. Die die Maßnahmen durchsetzende Regierung von Liberalen und Konservativen unter Ministerpräsident Andrus Ansip wurde sogar bei den Wahlen 2011 mit deutlicher Mehrheit im Amt bestätigt. So war es wohlthuend, gerade im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten, aber auch bei Parlamentspräsidentin Ene Ergma, deutlich vor Augen geführt zu bekommen, wie wichtig eine solide Finanz- und Wirtschaftspolitik ist und wie groß die Gemeinsamkeiten gerade in diesem Feld zwischen Estland und Sachsen sind. Das „kleine“ Estland, welches 2011 der Euro-Zone beigetreten und jetzt auch bereit ist, in der Euro-Krise zu helfen, beobachtet sehr kritisch, welchen „Tanz“ einige Länder Südeuropas aufführen, deren Probleme zwar deutlich geringer sind als die von Estland vor einiger Zeit, die aber offenbar unfähig sind, die Lösungswege Estlands auch nur im Ansatz umzusetzen. Die Frage nach dem Umfang europäischer Solidarität und dass die „Großen“ den „Kleinen“ helfen sollen, bekommt in Anbe-



tracht der Entwicklung Estlands eine ganz eigene Bedeutung, die auch uns zum Nachdenken bringt.

Es waren interessante und lehrreiche Tage in Tallinn. Eine wunderschöne Stadt, die insbesondere mit ihrer fast noch mittelalterlichen Altstadt besticht. Eine wunderbare Landschaft. Und eine aufgeschlossene und angenehme Bürgerschaft, die offenbar nicht der weitverbreiteten Krankheit Westeuropas erlegen ist und zunächst nach dem Staat schielt, sondern die sich selbst etwas zutraut und dies auch umsetzt. Estland – ein Land, in dem sich ein Besuch aus vielen Gründen lohnt. Die CDU-Fraktion hat gegenüber den estnischen Partnern deutlich gemacht, dass großes Interesse daran besteht, die Beziehungen zueinander enger zu gestalten. Auch ich bin mir sicher, dass ich wieder in dieses interessante Land zurückkehren werde.

Tallinn: Mmwikiest

Neues aus dem Landtag

Mai 2013:

Rot-Grüne Steuerpläne treffen die Mitte der Bevölkerung. Deutliche finanzielle Mehrbelastungen für Familien und Mittelstand gefährden das soziale Gefüge

Der erste Plenartag begann mit einer aktuellen Debatte zum Thema: „Rot-grünen Steuerraubzug gegen die berufstätige Mitte stoppen – Arbeitnehmer entlasten statt belasten!“. In der Debatte betonten CDU und FDP, dass die aktuellen rot-grünen Steuerpläne zu noch mehr Umverteilung, Sozialtransfers und weitere Ausgabensteigerungen führen und für deutlich weniger Leistungsgerechtigkeit in unserem Land sorgen werden.

Durch die geplante Abschaffung des Ehegattensplittings wollen SPD und Grüne in die private Lebensplanung der Menschen eingreifen und die Familien wären die größten Verlierer. Auch für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Mittelstandes wären die rot-grünen Steuerpläne eine Katastrophe. Vor allem Familien und die berufstätige Mitte gehören zu den größten Verlierern des rot-grünen Steuer-Irrsinns.

Durch die geplante Einführung einer Vermögensabgabe für die Unternehmen in Höhe von 1,5 Prozent würde die Innovations- und Investitionskraft der Unternehmen in unserem Land erheblich reduziert. Zudem werden auch mehr als 450.000 Jobs in Gefahr geraten. Konjunktur und Wachstum an Beschäftigung kämen völlig zum Erliegen. Auch die Erhöhung der Erbschaftssteuer würde die Firmenübernahme für junge und engagierte Unternehmer gefährden. Die Steuerpläne von SPD und Grünen sehen vor, dass ab einem Jahreseinkommen von 70.000 Euro (SPD) bzw. 62.000 Euro (Grüne) mehr Einkommenssteuern gezahlt werden soll.

Eines wurde in der Debatte deutlich: Unser Land hat in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen kein Einnahmeproblem. Vielmehr ist die vor allem rot-grüne und durch eine blinde Staatsgläubigkeit getragene Ausgabenwut das Hauptproblem in Deutschland. Rot-Grün kostet ... vor allem die Mitte ...

Termine meiner Bürger- sprechstunden:

Montag, 8. Juli,
von 16:00 bis 18:00 Uhr
im Ortsamt Prohlis

Dienstag, 27. August,
von 16:00 bis 18:00 Uhr
in der Verwaltungsstelle
Weißig

Donnerstag, 12. September,
von 16:00 bis 18:00 Uhr
im Ortsamt Leuben



Enquete-Bericht zur Technologiepolitik im Landtag diskutiert: Sachsen soll eine noch bessere Heimat für die schnelle Umsetzung neuer Ideen in marktfähige Produkte bieten

Im Sächsischen Landtag wurde der Bericht der Enquete-Kommission „Strategien für eine zukunftsorientierte Technologie- und Innovationspolitik im Freistaat Sachsen“ vom Sächsischen Landtag beschlossen. Gleichzeitig wurde ein eingebrachter Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP angenommen.

In der Debatte betonte die CDU, dass sich der Sächsische Landtag zum ersten Mal mit einer Enquete-Kommission mit der Thematik Technologie- und Innovationspolitik beschäftigt. Dieses Thema ist der entscheidende Schlüssel, um in unserem relativ rohstoffarmen Land langfristig Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern. Ausgangspunkt war die Frage gewesen, wie es gelingen kann, die Innovationsfähigkeit im Freistaat Sachsen zu erhalten und weiter zu stärken. Zukünftig hat Sachsen nur dann eine Chance, wenn es den entscheidenden Schritt bei der Entwicklung neuer Produkte und der effizienteren Gestaltung von Produktionsverfahren voraus ist.

Weiterhin muss sich der Hochschul- und Forschungsstandort Sachsen, mit seinen exzellenten Forschungsbereichen noch intensiver der Gründungskultur widmen. Beispielsweise wird die Einrichtung von anwendungsorientierten Lehr-

Sächsischer Landtag: Erik Donner

stühlen für „Technologietransfer und innovative Unternehmensgründungen“ vorgeschlagen. Diese Lehrstühle sollen vorzugsweise an den ingenieur-, technik- und naturwissenschaftlichen Fakultäten angesiedelt werden, um Unternehmensgründungen in diesen Bereichen zum Beispiel mit Career Services, Mentoring-Netzwerken und Kompetenzschulen zu befördern.

Um den Wissens- und Technologietransfer zu fördern und die Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft noch enger aneinander zu binden, wurde durch die Enquete-Kommission eine Innovationsplattform vorgeschlagen, welche als Verbindung zwischen den verschiedensten Akteuren, insbesondere der Wissenschaft und Wirtschaft, im Bereich der technologischen Innovation dienen soll. Durch die Innovationsplattform sollen Finanzierung, Existenzgründung, Verwertung geistigen Eigentums, Cluster und Netzwerke sowie die Zusammenarbeit mit Körperschaften gebündelt, deren Nutzung koordiniert und beratend begleitet werden.

Zum Hintergrund: Am 29. September 2010 stellten die Fraktionen von CDU, FDP und SPD den Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission. Die Kommission führte Anhörungen mit insgesamt 45 Sachverständigen durch und erarbeitete in zahlreichen Arbeitsgruppensitzungen, einer Klausurtagung und einer Informationsreise die Grundlagen für den nun vorliegenden Bericht, der nach mehr als zwei Jahren am 27. März dem Landtag übergeben werden konnte. Der mehrheitlich beschlossene Bericht wurde durch Minderheitsvoten von den Fraktionen Die Linke, SPD und Grünen ergänzt.

Außerdem hat die Enquete-Kommission die Einführung einer zusätzlichen steuerlichen Anerkennung von betrieblicher Forschung und Entwicklung vorgeschlagen. Damit könnten innovative Unternehmen künftig von steuerlichen Begünstigungen profitieren. Da Steuerrechtsänderungen ohnehin nur auf Bundesebene beschlossen werden können, soll die Staatsregierung eine entsprechende Bundesratsinitiative starten, damit es nach Möglichkeit schon im kommenden Jahr zur Einführung einer steuerlichen Forschungs- und Entwicklungsförderung kommen könne.

Polizei soll Internet stärker nutzen

In einem gemeinsamen Antrag setzen sich die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP dafür ein, dass Sachsens Polizei ihre Präsenz im Internet erhöht und künftig stärker soziale Netzwerke für ihre Arbeit nutzt. Für die Beamten bietet sich die Chance, die schnelle und öffentlichkeitswirksame Verbreitung von Nachrichten bei ihrer alltäglichen Arbeit einzusetzen. Selbstverständlich ist der Schutz von persönlichen Daten bei jedem Einsatz, beispielsweise zu Fahndungszwecken, sicherzustellen. Im Bereich Internet-Polizei hat der Freistaat Sachsen gute Erfahrungen gemacht. So hat die umfangreiche Information über Facebook, Twitter und Co. am

13. Februar in Dresden dazu beigetragen, dass die Situation bei den Protestkundgebungen rechter Gruppen und Gegendemonstranten nicht eskaliert und die Bevölkerung in Dresden zeitnah und umfangreich informiert war.

Landtag beschließt neues Wahlgesetz

Mit der Mehrheit der Abgeordneten des Sächsischen Landtages wurde ein neues Wahlgesetz beschlossen. Durch das neue Wahlgesetz verlieren die Stadt Chemnitz und der Landkreis Görlitz jeweils einen Wahlkreis. Dafür erhalten die Landeshauptstadt Dresden und der Landkreis Nordsachsen einen hinzu. Die Wahlkreise in Leipzig werden neu zugeschnitten. Die Neuordnung war durch den demographischen Wandel in Sachsen in den vergangenen Jahren notwendig. So ist beispielsweise die Einwohnerzahl in Dresden stark angestiegen, während sie im Landkreis Görlitz abgenommen hat.

Novelle des Sächsischen Naturschutzgesetzes

Der Sächsische Landtag hat mehrheitlich die Novelle des Sächsischen Naturschutzgesetzes beschlossen. Mit dem Gesetz zur Bereinigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege soll die Natur und Landschaft besser erhalten und geschützt werden. Bei der inhaltlichen Erarbeitung der Novelle wurden bereits frühzeitig Behörden, öffentlichen Planungsträger, berufsständige und landesweit tätig Interessenvertretungen der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, Gemeinden sowie die anerkannten Naturschutzvereinigungen einbezogen.

Die Koalitionsfraktionen hatten nach der Sachverständigenanhörung im Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft einige Änderungen, wie beispielsweise die deutliche Aufwertung des Ökokontos, welches die Kompensation für Eingriffe in Natur und Landschaft sachgerechter und flexibler regeln soll, am Gesetzesentwurf der Staatsregierung vorgenommen. Zudem werden die Eigentümer durch eine bessere Beteiligung bei Naturschutzverfahren in ihren Rechten gestärkt. Auch die Biotopvernetzung wurde wieder im Gesetz verankert, mit dem Ziel eine räumlich ausgewogene Verteilung anzustreben und vorhandene Biotopvernetzungsstrukturen, insbesondere Wald, Waldsäume, Alleen und Fließgewässer zu berücksichtigen. Zudem wurde eine klare Aufgabenbeschreibung für die Landschaftspflegeverbände vorgenommen, deren wichtigen Aufgaben im Gesetz verankert und damit insgesamt aufgewertet worden sind.

Zum Hintergrund: Mit der beschlossenen Novelle zum Sächsischen Naturschutzgesetz erfolgt in erster Linie eine Anpassung an das im März 2010 in Kraft getretene Bundesnaturschutzgesetz. Nach der Föderalismusreform ist es dem Freistaat Sachsen nicht mehr erlaubt, bestimmte Regelungen landesspezifisch zu regeln.



Bekämpfung der Kriminalität im grenznahen Raum

Mit dem gemeinsamen Antrag von CDU und FDP soll die Bekämpfung der Kriminalität im grenznahen Raum verbessert werden. Vor allem die länderübergreifende Kooperation zwischen der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden im Freistaat Sachsen, der Republik Polen und der Tschechischen Republik bei der Verfolgung von Straftaten soll durch effizientere Maßnahmen und gemeinsame Handlungskonzepte für die Prävention verstärkt werden.

Bei den Straftaten dominieren aktuell die Eigentumsdelikte, insbesondere Diebstähle von Kraftfahrzeugen, Fahrraddiebstähle, Kellereinbrüche und Betäubungsmitteldelikte. Die Anzahl der Autodiebstähle in Dresden stieg, trotz groß angelegter Fahndungen, wie der mehrwöchigen Aktion „Helios“, um 20 Prozent auf insgesamt 1111 Fälle im Jahr 2012.

Auch der zunehmende Konsum synthetischer Drogen stellt mittlerweile ein europaweites Problem dar, so dass auch die Bekämpfung grenzüberschreitend und in enger Zusammenarbeit zwischen deutschen und tschechischen Behörden erfolgen muss.

Zum Hintergrund: Der Hofer Dialog wurde und wird in diesem Jahr unter Beteiligung des tschechischen Innenministers, des sächsischen Innenministers, des sächsischen Generalstaatsanwaltes und eines Vertreters des tschechischen Obersten Staatsanwaltes durchgeführt.

Mit dem Hofer Dialog werden seit 2012 gemeinsam Fragen eines geschlossenen, gemeinsamen Vorgehens mit den Behörden aus Sachsen, Polen und Tschechien diskutiert und Ansätze für die gegenseitige Unterstützung erarbeitet.

Juni 2013:

„Hochwasser 2013: Helfen – wiederaufbauen – schützen. Gemeinsam für Sachsen!“

Zu Beginn des ersten Plenartages gab Ministerpräsident Stanislaw Tillich eine Regierungserklärung zu den Hochwasserereignissen im Sachsen. Darin dankte er zu allererst den vielen Helfern vor Ort – egal ob hauptamtlich, ehrenamtlich oder freiwillig – für das aktive Anpacken und Helfen. Das diesjährige Hochwasser hat auch gezeigt, dass die Zusammenarbeit insbesondere mit Tschechien gut und vor allem besser als 2002 funktioniert hat.

In der Debatte wurde vom Ministerpräsidenten ebenso wie von der CDU-Fraktion besonders das Engagement der Bürgermeister der betroffenen Gemeinden, der Landräte, der Regierung, der

Rettungsdienste und der zahllosen freiwilligen Helfer gewürdigt. Gleichzeitig wurde deutlich, dass sich die Investitionen in den Hochwasserschutz in den elf vergangenen Jahren gelohnt haben. Dort wo Flutschutz gebaut wurde, hat er funktioniert.

Aber nun gilt es, den Blick nach vorn zu richten. Bund und Länder haben sich auf einen enormen Wiederaufbaufonds geeinigt; eine große deutsche Solidargemeinschaft. Wichtig ist, dass das Geld schnell bei den Betroffenen ankommt. Dabei hat Stanislaw Tillich deutlich gemacht, dass es keinen stupiden Wiederaufbau geben soll. Dazu gehört auch die genaue Überprüfung der noch geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin. Neue Maßnahmen müssen zügig geplant und realisiert werden. Dazu ist auch die Vereinfachung und Beschleunigung von Planungsverfahren notwendig. Ebenso muss die Versicherungswirtschaft in die Pflicht genommen werden, einen Versicherungsschutz für Elementarschäden möglichst flächendeckend anzubieten. Es muss ein sinnvolles Verhältnis zwischen Versicherungsschutz und Eigenvorsorge möglich sein.

Die Auswertung der Hochwasserereignisse und die Aufarbeitung der Schäden wird den Landtag auch in Zukunft beschäftigen.

„Kampf für Freiheit und Demokratie würdigen – Die Botschaft des 17. Juni 1953 bewahren“

In der aktuellen Debatte „Kampf für Freiheit und Demokratie würdigen – Die Botschaft des 17. Juni 1953 bewahren“ hat die CDU-Fraktion ihren Willen zur Erinnerung an die Geschehnisse des 17. Juni 1953 ausgesprochen. Frieden, Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeit. Der damalige landesweite Volksaufstand begann mit Protesten der Arbeiter gegen Normerhöhungen und die allgemeine Lebenssituation. In Sachsen gingen Hunderttausende auf die Straße, Schwer-



Sächsischer Landtag: Geo Loge

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 • 01259 Dresden

Telefon: 0351 - 32 31 666 • Telefax: 0351 - 451 031 55 20

www.christian-piwarz.de • christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

punkte waren Görlitz, Niesky, Bautzen und Dresden. Sie forderten den Rücktritt der DDR-Regierung, die Bildung einer provisorischen Regierung aus fortschrittlichen Werktätigen, die Zulassung der demokratischen Parteien, freie, geheime und direkte Wahlen in vier Monaten, die Freilassung der politischen Gefangenen, die sofortige Normalisierung des sozialen Lebensstandards und die Rücknahme der Preiserhöhung sowie gerechte Löhne. Viele der Demonstrationen gingen ein hohes persönliches Risiko ein, da sie sich plötzlich den Mündungsrohren sowjetischer Panzer gegenüber sahen.

Ohne den 17. Juni 1953 ist der 9. November 1989 und die Deutsche Einheit nicht denkbar. Die CDU-Fraktion sprach sich dafür aus, dem 17. Juni 1953 noch stärker als bisher in ganz Deutschland zu gedenken. Ebenso ist eine weitere Aufarbeitung dieses Ereignisses wichtig. Die Erforschung der Geschehnisse des 17. Juni 1953 selbst, sowie des gesellschaftlichen Umfelds davor und danach muss fortgeführt werden. Gleichzeitig gilt es, entschieden gegen die Instrumentalisierung des Gedenktages durch Rechtsextremisten einzutreten und die Erinnerung an den Volksaufstand und seine Opfer an die nächste Generation weiterzutragen.

„Europäische Bürgergesellschaft fördern – Freiwilliges Europäisches Jahr für alle ermöglichen!“

In einem gemeinsamen Antrag haben sich die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP für die Weiterentwicklung des EU-Freiwilligendienstes ausgesprochen. Der Europäische Freiwilligendienst sollte zu einem Freiwilligen Europäischen Jahr für alle Bürger, unabhängig vom Alter, fortentwickelt werden. Um eine möglichst große Zahl von Freiwilligen zu erreichen, sollen die erforderlichen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass die Mitwirkung jedem interessierten Bürger ermöglicht werden kann, ohne dass dieser dadurch berufliche Nachteile erfährt. Damit ein Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt nicht entsteht, ist bei allen Maßnahmen der Grundsatz der Arbeitsmarktneutralität zu beachten. Die Ausweitung des Europäischen Freiwilligendienstes zu einem Freiwilligen Europäischen Jahr für alle Bürger kann dazu beitragen, den europäischen Gedanken insgesamt neu zu beleben. Europa muss ein Europa der Bürgerinnen und Bürger werden.

Link: http://ec.europa.eu/youth/youth-in-action-programme/european-voluntary-service_de.htm

Wegzug des 5. Strafsenates des Bundesgerichtshofes aus Leipzig verhindern

In einem gemeinsamen Antrag haben sich die Fraktionen von CDU und FDP gegen den Wegzug des 5. Strafsenates des Bundesgerichtshofes aus Leipzig ausgesprochen.

Der deutsche Bundestag hat am 26. Juni 1992 mit Mehrheit die Vorschläge der Unabhängigen Föderalismuskommission für eine ausgeglichene Verteilung von Bundesbehörden unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder vorgenommen. In Folge des Beschlusses sind der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes sowie die Dienststelle des Generalbundesanwaltes beim 5. Strafsenat im Juli 1997 von Berlin nach Leipzig umgezogen. Der Umzug 1997 war ein klares Signal, dass das Ziel von Bundestag und Bundesrat eine ausgewogene Verteilung von Bundesbehörden in den neuen Ländern zu erreichen, auch tatsächlich umgesetzt wurde. Gleichzeitig wurde damit der starken Rechtstradition in Leipzig Rechnung getragen. Durch den gemeinsamen Antrag wollen die Koalitionsfraktionen den Standort Leipzig erhalten. Gleichzeitig soll weiterhin die sogenannte Rutschklausel Beachtung finden. Nach der Rutschklausel soll für jeden neu geschaffenen Zivilsenat ein bestehender Strafsenat von Karlsruhe nach Leipzig ziehen.

Dem laufen die aktuellen Pläne aus Karlsruhe zuwider. Deshalb war ein deutliches Signal des Landtages gegen einen Fortzug des 5. Strafsenates notwendig.

Den Mikroelektronikstandort Sachsen weltweit wettbewerbsfähig halten

Am zweiten Plenartag haben sich CDU und FDP in einer aktuellen Debatte für eine stärkere Unterstützung der Mikroelektronik im Freistaat Sachsen ausgesprochen. Die Mikroelektronik ist neben der Automobil- und Energieindustrie oder dem Maschinenbau ein enorm wichtiger Wirtschaftszweig für Sachsen.

Mit Hilfe der neuen Strategie für Schlüsseltechnologien der Europäischen Kommission wird der Chip-Standort in Sachsen zukünftig weltweit wettbewerbsfähig sein. In die drei wichtigsten europäischen Mikroelektronikstandorten Dresden, Grenoble (Frankreich) und Eindhoven (Niederlande) werden bis 2020 rund 100 Milliarden Euro investiert. Diese finanzielle Unterstützung ist enorm wichtig, um mit unseren großen Wettbewerbern in den USA und Asien mithalten zu können. Insbesondere der Bereich Forschung und Entwicklung ist bei der Mikroelektronik enorm kostenintensiv. Deshalb brauchen wir eine gesamteuropäische Strategie, von der neben den großen Clustern auch kleinere Entwicklungsunternehmen in ganz Sachsen profitieren.

In Dresden und Sachsen ist ‚Silicon Saxony‘ ein echtes Erfolgsmodell, weil es hier eine enorm gute Vernetzung aus öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen gibt. Der Hochschulstandort Sachsen hat sich bestens auf den Bedarf der Mikroelektronikindustrie eingestellt und bietet den Unternehmen bestens ausgebildete Fachkräfte.